

aturlindekuns
cher Fernruf Nr.
ranze
edenk- und Todestage, sowie
in halbjährlicher Veranlassung
desens zugebrennt,
nach auswärts.
Wäschmaschinen,
Fabrräder,
zahlung von 20.— Mk. an,
chem. Raten von 3.— Mk. an.
Westfalia-
Zentrifugen
50.— Mk. an, auf monatliche
liche Teilzahlung
utter-Maschinen
Maschine 2 Wochen in
Probe.
Pforzheim,
aus). — Telefon 3674.
herst und Besuch
ohne Kaulwang.
fahrtschule,
migt,
159.
von Privat- und
nen- und Last-
durch bewährte
möglichen Zeit,
schmittl.
april,
er Schuls gene
Pforzheim
aufstraße 159.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Nr. 237.

Montag, den 11. Oktober 1926.

84. Jahrgang.

Deutschland.

Enztal, 9. Okt.

Der Finanzaußschuß des Landtags hat heute seine Beratungen über den Artikel 18 des Entwurfs zur Verfassungsnovelle, der von dem Landtag behandelt, fortgesetzt. Die Verhandlungen lagen vor 1. von den Abgeordneten Aug. Müller, Hof, Schoof und Rath, 2. von dem Abgeordneten W. Müller (Enz) und 3. von dem Abg. Weder (Komm.). Finanzminister Dr. Dehlinger, der zu der Sitzung erschienen war, wies sich vor allem gegen den Antrag W. Müller, der einen Zuschuß von 600 000 Mark bedeuete. Der kommunale Antrag sei überhaupt nicht diskutierbar. Die Kommune sei bei einer Annahme des Entwurfs W. Müller eine Vorzug der Regierung notwendig sei, um den Ausfall zu decken. Der Zuschuß im Rechnungsjahr 1926 betrage jetzt schon vier Millionen Mark. Dabei sei mit großen Nachforderungen für die Eisenbahnverwaltung zu rechnen. Die Kommune könne nicht mehr erhöht werden. Er müsse deshalb, um die Eisenbahnverwaltung durchführen zu können, auf Anleihen zurückgreifen. Bei den Bundessteuern (Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer) seien 13 Millionen Steuern ausbleibend. Die Annahme sei ernst. Am Anschließung an die Ausführungen des Finanzministers ergriffen sich eine zum Teil recht lebhaft Diskussion an der sich auch der Justizminister und der Finanzminister wiederholt beteiligten. Bei der Abstimmung über die Zustimmung wurden die kommunalistischen und die sozialdemokratischen Kräfte mit 9 gegen 4 Stimmen abgelehnt und der Antrag W. Müller-Hof-Schoof-Rath, der eine Ermäßigung des Artikels 18—19 in einschlägig bringt, angenommen. In einigen wurde die Regierungsvorlage angenommen. Den Ausschuss durch die Annahme des Entwurfs Müller und Hof-Rath der Finanzminister auf zehn 250 000 Mark. Im 2. und mit einem Ergänzungsantrag Schoof-Rath. Im 3. und mit einem Ergänzungsantrag Schoof-Rath. Im 4. und mit einem Ergänzungsantrag Schoof-Rath. Im 5. und mit einem Ergänzungsantrag Schoof-Rath.

Reichswehr

Die Reichswehr hat nach dem Berliner Vertrag eintreten. Und da er nichts mehr zu tun vermöchte, glaube er, daß er genug getan habe. Das „Berliner Journal“ begründet seine Anschauungen von dem Sieg Stresemanns damit, daß Deutschland nunmehr den Willen bekundet habe, sich seinen Abhängigkeitsverhältnissen nicht mehr zu entziehen und mit den übrigen Mitgliedern des Völkerbundes loyal zusammenzutreten.

Das Verfahren gegen die Mussolini-Mitglieder.

Das Schwurgerichtsobertribunal gegen den früheren sozialistischen Abgeordneten Zanussi und den ehemaligen General Cavella wegen des Attentats gegen Mussolini findet nicht in Rom statt, da man dort Störungen befürchtet. Als Verhandlungsort kommt Kaula in Frage, wo schon der Matteotti-Prozess sich abwickelte.

„Mussolinis neuester Kriegsplan“.

London, 9. Okt. Der „Daily Express“ enthält heute in großer Aufmachung „Mussolinis neuesten Kriegsplan“. Italien und Griechenland sollen sich nach Angaben des Blattes darauf geeinigt haben, trotz des Sturzes von Vangelos gleichzeitig von Kleinasien und von Thracien aus die Türkei anzugreifen. Rumänien und Jugoslawien sollen ihre Neutralität aufheben. Wie ernst die Lage sei, so betont der „Daily Express“, geht daraus hervor, daß die Türkei vier Armeekorps in voller Kriegsbereitschaft bei Adalia, dem voranschreitenden Ziel des ersten italienischen Angriffs, jetzt konzentriert halte. Es würden ungeheure diplomatische Anstrengungen von englischer und amerikanischer Seite gemacht, um Mussolini von der unmittelbaren bevorstehenden Ausführung dieses Planes abzuhalten. (Und der Völkerbund? Schriftl.)

Der Kampf gegen die Opposition in Russland.

Moskau, 9. Okt. Da die Führer der Opposition ungeduldig mit dem Scheitern der Arbeiter- und Bauernkommissionen weiter einbringen, hat das Zentralkomitee der Partei Sinowjew, Trotski und Bucharin dem Parteigericht übergeben. Es kann mit der Verhaftung der drei Verhafteten nach Sibirien gerechnet werden. Ein Teil der Gruppe Stalin hat die Ausschließung Sinowjew und Trotski aus der Partei beantragt, jedoch soll Stalin sich dagegen geäußert haben. In Leningrad, Omsk und Odesa sind über 400 oppositionelle Parteimitglieder von der G.P.U. verhaftet worden. In Jwanowo-Wosnessensk ist es bei einer Arbeiterversammlung zu Zusammenstößen gekommen, so daß die G.P.U. schließlich die Versammlung auflöste. In Kronstadt sind zwei Marineregimenter aufgelehnt worden, weil sie sich zur Opposition bekamen und die Ernennung Sofis zum Oberbefehlshaber der baltischen Flotte verlangten hatten.

Aus Stadt und Bezirk.

Neuenbürg, 11. Okt.

(Schluß u. Schlußturnen des Turnvereins.) Mit feierlichem Spiel u. Jubel zog Sonntag nach eine feierliche Zahl von Turnern u. Turnern vom Vereinslokal zum Turnplatz, um einer weiteren Demonstration die in Jahresthron geleistete turnerische Arbeit vor Augen zu führen. Ein lobelicher Aufmarsch zu den Freilübungen leitete das Schlußturnen ein, welches sich anschließend in Barrenübungen der Schülerinnen, Reckübungen der Damenriege, Freilübungen der Aktiven, Reigen der Schülerinnen, Freilübungen der Damenriege, Barrenübungen der Aktiven (Dien- und Unterstich) und Kletterturnen. Eine große Zahl von Zuschauern hatte sich eingefunden, welche mit Interesse den abwechslungsreichen Vorführungen folgte. Was geboten wurde, verdient uneingeschränktes Lob, im besonderen aber das Kletterturnen der Aktiven; ist auch das Hänglein derselben kein, so kann man es doch als einen gelungenen Kern im Turnverein bezeichnen, der bereitete Öffnung für ein Weiter- und Vorwärtsschreiten gewährt. Ebenso befriedigt kann man auch auf die Leistungen der Damenriege und der Schülerinnen zurückblicken; die reibungslosen Freilübungen der Damenriege waren entnommen der Musterriege des Kreisturnvereins Jocke-Schwenningen, wie überhaupt deren Anwesenheit in Neuenbürg deutlich wahrnehmbar nachwirkt zum Vorteil unserer jungen Turnerinnen. Ganz allerletzt sah sich eine Art Vorkampfbühnen der Schülerinnen an und fand besonderen Beifall. Abends war gemütliches Beisammensitzen mit Gesangsbeiträgen der Sängertruppe in der „Eintracht“, wobei sich auch eine Anzahl von Veteranen der Turnfeste eingefunden hatte. Vorstand Finkbeiner gab noch Vorkampfbühnen seiner Freude über den wohlgelungenen Ablauf des heutigen Schluß- und Schlußturnens Ausdruck. Sein Dank galt allen Turnerinnen und Turnern, im besonderen aber den Turnwartinnen, die nicht Mühe und Arbeit scheuen in ihrem Bestreben der Pflege von Körper und Geist im vollen Sinne zum Wohle des Vaterlandes. Unter lebhaftem Beifall konnte er zwei vom Turnverein Schönbürg eingegangene Geldente, bestehend in einem Feder und einer Tischglocke den Aktiven bzw. der Damenriege überreichen.

Neuenbürg, 11. Okt.

Infolge einer Störung in der elektrischen Leitung, verursacht durch heftigen Sturm, erfolgte Sonntag früh 3 Uhr eine Unterbrechung der Beleuchtung. Heute früh 4 1/2 Uhr fand eine erneute Wärmierung statt; diesmal war es ernst. Die Schutzhütte am Pionierweg brannte lichterloh, rasch war die Mannschaft zur Stelle, welche das Feuer und bei einem Uebergriffen desselben auf den Wald Einball. In diesem Zweck wurde eine Schlauchleitung in einer Länge von circa 500 Meter gelegt, während die Motorpumpe auf der Straße beim Elektrizitätswerk der Gemeindefabrik Aufstellung nahm. Allem Anschein nach liegt Brandstiftung entweder durch nachlässige Wachen oder durch leichtfertiges Verhalten beim Abfaden vor.

Neuenbürg, 11. Okt.

In der am Samstag in der „Landschaft“ stattgehabten Vierteljahrs-Versammlung

Das Ende einer Verleumdung.

Wiesbaden, 9. Okt. Das getrige Verhör des jetzigen Justizministers Dr. Gützmer war ein politisches Ereignis, besonders für Bayern, und die ganze Aktion Dr. Gützmer bei der Annahme einer bestimmten Sachlage mit einer Benützung für die politische Rechtfertigung. Es ist demnach klar und klar

Paris, 9. Okt.

Von zuständiger französischer Seite wurde, wie verlautet, an die Pressevertreter im Zusammenhang mit dem in der vergangenen Nacht erfolgten Vorfall die Erklärung gegeben, derartige Vorfälle mit Rücksicht auf die zwischen Deutschland und Frankreich angebahnten Einigungsverhandlungen nicht zu übertrieben und ihnen wenn möglich keine größere Bedeutung als einem Garnisonunfall beizumessen. Auch der letzte Vorfall in Mainz hätte sich laut in der Nacht nach einem Kaffeekränzchen ereignet.

Die Pariser Presse zum Abfall Sechts.

Paris, 9. Okt. Die Annahme des Rücktritts des Generals von Secht ist für die „Gazette“ ein Sieg der Republik für das „Centre“ ein Sieg der Franzosen für den „Quadranten“ ein Sieg der „Revue“ über die „Mitteilungen“ und für das „Berliner Journal“ ein Sieg Stresemanns. Die „Revue“ ist also freigestellt. Die „Gazette“ begründet ihr Urteil damit, daß General von Secht die Hoffnung der Nationalisten und der geschworenen Feinde der Republikaner geweckt sei. Das „Centre“ schreibt, wenn man vor dem deutschen Volk diese symbolische Darstellung der Annahme des Rücktrittsgeheißes darzustellen konnte und wenn das deutsche Volk dies drübe, so beweise das, daß sich in seinem Geist etwas geändert habe. Der „Quadrant“ behauptet, daß man nunmehr einen Fortschritt der demokratischen und republikanischen Ideen in Deutschland feststellen könne. Secht habe wieder einmal die Leute von der äußerlichen Rechte enttäuscht. Schon gelegentlich der kommunistischen Unruhen habe er erklärt, daß doch er allein imstande wäre, einen Sozialkrieg zu verhindern, doch sei er nicht dumm genug, um dies zu tun. Wenn er sich jetzt zurückziehe, so könne er das, weil

Generaloberst von Serringen †.

Berlin, 9. Okt. General v. Serringen, Erzelens, vormaliger Kriegs- und Staatsminister, erster Präsident des Deutschen Reichsverbandes der Pfadfinder, ist heute nachmittags 2 45 Uhr in Berlin gestorben.

Senatssekretär Wegg.

Berlin, 9. Okt. Im preussischen Landtag fand am Samstag eine Ministerialwahl statt, in der die Ernennung des Ministerialdirektors Dr. Wegg zum Staatssekretär beschlossen wurde. An seine Stelle tritt Ministerialdirektor Dr. Klauener, der bisher dem Volksbildungsministerium angehörte. Nachfolger des früheren Postpräsidenten Grafen v. Helldorf wird der bisherige Polizeipräsident in Köln, Jürgel. An seine Stelle tritt Ministerialrat Kaulsch vom Ministerium des Innern.

Ausland.

Paris und die Besatzungsmächte.

Paris, 9. Okt. Von zuständiger französischer Seite wurde, wie verlautet, an die Pressevertreter im Zusammenhang mit dem in der vergangenen Nacht erfolgten Vorfall die Erklärung gegeben, derartige Vorfälle mit Rücksicht auf die zwischen Deutschland und Frankreich angebahnten Einigungsverhandlungen nicht zu übertrieben und ihnen wenn möglich keine größere Bedeutung als einem Garnisonunfall beizumessen. Auch der letzte Vorfall in Mainz hätte sich laut in der Nacht nach einem Kaffeekränzchen ereignet.

Ehrenkodexpunkt ist und bleibt, mit dem theoretischen Erfolg der Anerkennung seiner Mandatsfähigkeit nicht begnügen. Als Kulturstaat, der auf eine tausendjährige Vergangenheit zurückblickt und der gesamten zivilisierten Welt so reiche Kulturschätze gegeben hat, muß Deutschland seinen Anspruch auf Mitwirkung an der Zivilisation unentwickelter Völker und an der Kolonisationsarbeit nachdrücklich auch in Zukunft aufrechterhalten. Dazu treten die unabweisbaren Bevölkerungsprobleme. Deutschland muß ein Weltgebiet für seine gewaltig überschüssende Bevölkerung haben und dazu können nur eigene Kolonien auf die Dauer ausrechenbar dienen. Nicht an letzter Stelle verdienen die wirtschaftlichen Erwägungen tiefgründige Beachtung. Deutschland ist bei seinem riesigen Bedarf an kolonialen Rohstoffen darauf angewiesen, wenigstens einen beträchtlichen Teil hiervon aus eigenem Kolonialbesitz zu erträglichen Preisen zu beziehen. Umgekehrt muß Deutschland, auch um seine schweren Reparationsverpflichtungen zu erfüllen, in eigenem Kolonialbesitz ein geeignetes Absatzgebiet für wirtschaftliche und industrielle Erzeugnisse haben. Alle diese Erwägungen, denen sich im Inlande und Auslande eine sachgemäße und gerechte Verteilung unmöglich entgegen kann, zwingen Deutschland dazu, seinen berechtigten und unverzichtbaren Anspruch auf Wiedererlangung einer seiner Bedeutung, Ausdehnung und Bevölkerungszahl entsprechenden Kolonialbesitz immer wieder von neuem zu erheben, bis endlich unsere Ansprüche ihre Befriedigung gefunden haben. Selbstverständlich müssen wir aber auch inwischen, bevor sich unsere Kolonialansprüche verwirklichen, darauf bestehen, daß die Mandatsgebiete, soweit dies jetzt noch nicht der Fall ist, deutschen Staatsangehörigen wieder voll und ganz geöffnet werden. Sonst würde der fundamentale Grundsatz der Gleichberechtigung der Mitglieder des Völkerbundes zur leeren Phrase und zum bloßen Schein herabgewürdigt werden.

Die Magdeburger Justizaffäre im preussischen Landtag.

Berlin, 10. Okt. In einer Wochenend-Sitzung hat der preussische Landtag die Behauptung des Magdeburger Justizsenats aufgegeben. Die Wogen der Erregung haben sich inzwischen gelähmt. Das ist nicht zuletzt der Art zu verdanken, wie nach all dem Tobumabohu schließlich doch der Prozess durchgeführt wurde. Plenum und Teilbänke waren zwar etwas härter verfuhr als gewöhnlich an Samstagen. Allein schon während der weitläufigen Begründung der sozialdemokratischen Intervention durch den Abg. Kuttner begann die Aufmerksamkeit sichtlich zu erlahmen. Für Kuttner gilt es als ausgemacht, daß nicht Schröder es gewesen sei, der die Justiz auf falsche Fährten lockte, sondern daß umgekehrt die Organe der Justiz sich eingelassen haben, um eine vorgefasste Meinung weiter zu verfolgen und Unschuldige zur Strecke zu bringen. Düring's Vorgabe charakterisiert der sozialdemokratische Redner als eine selbstlose Rettungsfaktion für einen Unschuldigen. Das ist freilich eine leichte Art, sich mit der dringlichsten Seite der Sache abzufinden. Auch der Vertreter des Zentrums fand nichts Tadelnswertes in der Rolle, die Düring gespielt hat. Auch vermochte er in dessen Verhalten keine Angriffe auf die richterliche Unabhängigkeit zu erblicken. Daß die Polizei formal nicht korrekt gehandelt hat, legt er den veralteten Bestimmungen der

Strafprozessordnung zur Last. — Von deutschnationaler Seite wurde zwar eingeräumt, daß Hebler begangen worden seien, doch sei der eigentliche Wirrwarr durch die Schuld Göring's entstanden. Für den erkrankten Justizminister gab Staatssekretär Friese eine umfangreiche Darlegung des Untersuchungsverfahrens gegen Schröder und Dörs und des Disziplinarverfahrens gegen Kötling und Hoffmann. Seine Ausführungen waren ein Muster von Sachlichkeit und wirkten nach mancher Richtung hin aufklärend. Des viel angegriffenen Kriminalkommissars Denholt Tätigkeit erscheint danach in milderem Licht. Er hat sich zwar nicht gerade als eine Herde seines Berufes gezeigt, doch konnten ihm andere als disziplinarische Verurteilungen nicht nachgewiesen werden. Weit erwiehler liegt der Fall Kötling-Hoffmann. Gegen diese beiden werden Beschuldigungen lächerlichstheftiger Natur erhoben. Hoffmann insbesondere wird des Druckes auf die Unabhängigkeit des Untersuchungsrichters beschuldigt. Dagegen hat man zur Einleitung eines Strafverfahrens keinen Anlaß gefunden. — Der volksparteiliche Landtagsabgeordnete Witt, der ehemals bei Hoos angestellt war und von dem Kuttner behauptet wurde, daß er nach seiner Entlassung sich an den Angehörigen wegen Steuerhinterziehung beteiligt habe, trat dieser Darstellung entgegen. Er habe weder direkt noch indirekt an einer solchen Strafanzeige gegen Hoos mitgewirkt. Am Montag soll nach der Beratung über das Führenkompromiß die Abstimmung fortgesetzt werden.

Die Freiheit in Sowjetrußland.

Moskau, 10. Okt. Der Kriegs- und Revolutionsrat berätet durch Armeebefehl die Teilnahme von Angehörigen der Armee an Versammlungen der Opposition. Für jedes Regiment, jede Batterie, jedes Kriegsschiff und anderer Einzelformationen des Heeres werden sog. außerordentliche politische Kommissare bestellt, die für die Beachtung dieses Verbots sorgen müssen. Parteiverfassungen der sog. kommunistischen Zellen in der Armee dürfen nur mit besonderer Genehmigung und unter der Kontrolle des Rates gehalten werden. Der Ober der ukrainischen Roten Armee erhielt einen offenen Befehl, weil er eine militärische Versammlung in Charkow genehmigte, in der Mitglieder der Parteilopposition sprechen konnten.

Gerichtssaal.

Neuenbürg, 8. Okt. Vor dem Amtsgericht fanden heute Otto Zimmermann, 21 J. a., Immanuel Schweikart, 23 J. a., Albert Rabler, 26 J. a., S. Grimm, 25 J. a. und Karl Stidel, 23 Jahre alt, sämtliche von Völkensau wegen Körperverletzung. Im Juli dieses Jahres waren die oben Genannten Sonntag in der Wägen-Wirtschaft in Kösthan, ebenso Karl Schweikart, 23 J. a., Jakob Seeger, 23 J. a. und Karl Bertich, 23 J. a. Radts gab es Streitigkeiten, zuerst vor der Wirtschaft und hernach im Hinterhof. Hierbei wurde Karl Schweikart mit einem Brägel an den Arm geschlagen, ohne jedoch bedeutenden Schaden zu erleiden. Jakob Seeger dagegen wurde im Hinterhof von angeblich vier Burschen blutig geschlagen; da es dunkel gewesen sei, konnte Seeger die einzelnen Täter nicht bestimmt bezeichnen.

festgestellt wurde vom Gericht, daß Otto Zimmermann den Schlag mit dem Brägel führte und daß derselbe auch ein scharfes Messer in der Hand kampfbereit gehalten habe. Das Gericht erkannte gegen Otto Zimmermann u. Immanuel Schweikart auf eine Geldstrafe von je 40 Mark, gegen Hermann Grimm und Karl Stidel auf eine solche von je 20 Mark, Albert Rabler wurde freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens trägt die Verurteilten zu tragen. — Gottlieb Holsapfel im Wiefelsberg, 23 J. a., hatte sich ebenfalls wegen Körperverletzung zu verantworten. Derselbe hat im Juli 1926 den Wägen-Rothader, 21 J. a., Bauer in Wiefelsberg, mit einem Brägel geschlagen. S. war der Tat gefolgt, das Gericht erkannte gegen ihn auf eine Geldstrafe von 10 Mk. evtl. drei Monate Gefängnis und Erlegung der Kosten des Verfahrens. — Die Märkte von Trüdingen, früher in Wiefelsberg, war wegen Verstrickung angeklagt. Gerichtsvollzieher Oden in Dörrenald hatte am 5. August 1925 bei dem W. fünf Stück darunter auch zwei Schweine, gestohlen. W. verweigerte ungeachtet ein Schwein und wurde vom Gericht heute zu einer Geldstrafe von 60 Mark sowie zur Erlegung der Kosten des Verfahrens verurteilt. — Andreas Ocker, 35 Jahre alt, in Dörrenald, 24 J. a., war wegen Verletzung gegen die Gemeinde Trüdingen angeklagt. Die Gemeinde hatte am 1. Mai d. J. sein Gewerbe am Sonntag trotz geschlossener Betriebe ausgeübt. O. wurde mit drei Mark und Erlegung der Kosten des Verfahrens bestraft. — Maria Wertz von Grumbach, 44 J. a., verurteilt, war wegen Wuchsforderung angeklagt. Im Juli 1926 wurde festgestellt, daß die W. der von ihr den Kauf angekauften Milch 15 Prozent Wasser beigemischt hat. Die W. erhielt eine Geldstrafe von 20 Mark und in die Kosten des Verfahrens zu tragen. Außerdem wurde der W. vom Gericht nahegelegt, daß im Wiederholungsfall beherrschtere Strafe eintreten werde. — Elisabeth Jakob, geb. Schuppenbauer, aus Dornburg, 33 J. a., hatte sich wegen Betrugs zu verantworten. Die J. kam im Mai 1925 mit einem eleganten Herren in unsere Gegend und besuchte in Kösthan den Fr. Wildbreit, mit dessen Weibchen sie noch verheiratet sei. Der bei der J. befindliche Herr hielt sich in Wildbad auf, kamen aber jeden Tag zusammen. Einmal Tages erkrankte die J. bei der 20 Jahre alten Tochter Luise des W. W. mit dem Verbrechen, das Geld nachster Tage zurückzugeben wenn ihr Geld mit der Post eintreffe, sie solle aber nichts davon sagen. Inzwischen erkrankte die J. aber auch dem Vater der W. 50 Mark, unter dem Vorwand, sie müsse rasch wegen ihrer Erkrankung reisen und werde das Geld umgehend zurückgeben. W. und seine Tochter konnten von der J. kein Geld bekommen, auch die Verwandten der Eltern der J. traten für dieselbe nicht ein. W. erkrankte an Antriebs wegen Betrug und nun stellte sich heraus, daß die J. schon wiederholt wegen Betrugs bestraft sei. Das Gericht konnte wegen zwei Vergehen des Betrugs auf eine Gefängnisstrafe von fünf Wochen und Erlegung der Gerichtskosten. Die Vorstrafen kamen bei der Strafmessung in Betracht, andererseits kam aber der Jakobsohn zugute, daß beiden Kosten mit 20 und 50 Mark nun inzwischen bezahlt worden seien.

Aufwertung von Wertpapieren.

Die Aufwertung von alten Pfandbriefen der Hypothekbanken durch Umtausch in neue Goldpfandbriefe steht bevor.

Bei uns hinterlegte Pfandbriefe werden wir ohne besonderen Antrag zum Umtausch einreichen, andere (Münzt- und Zinscheine) bitten wir uns zur Beforgung des Umtauschs zu übergeben.

Auf den Namen umgeschriebene Pfandbriefe müssen freigeschrieben werden. Freischreibungsanträge werden wir voraussichtlich selbst beglaubigen können. Mitbestimmungen sind nicht nötig.

Die Annahmestelle zur Aufwertung der **Stadlanleihen**

läuft am 31. ds. Mts. ab. Wir erbiten uns ausstehende Anträge rechtzeitig.

Oberamtsparasse.

Zwangsversteigerung.

Am Dienstag den 12. Oktober 1926, vormittags 11 Uhr, kommt in Hallestelle Engelsbrunn gegen Verzählung öffentlich zum Verkauf:

Ein Grammophon mit 29 Platten, eine Standuhr, ein Büffet, Birnbaum in dunkel, eine Chaiselongue.

Zusammenkunft bei der Hallestelle Engelsbrunn, Hildenbrand, Gerichtsvollzieher.

Herrenalb.

Im Zwangswege werden am Dienstag den 12. ds. Mts., vormittags 11 Uhr,

ein Schwein, ein Sofa, ein Schrank und nachmittags 3 Uhr

ca. 6 cbm buchene Dielen

öffentlich gegen Verzählung versteigert.

Zusammenkunft vor- und nachmittags am Rathaus, Gerichtsvollzieher Gder.


Hindenburg

Der deutschen Jugend und dem deutschen Volk erzählt von Wilhelm Fronemann, Bilder von Angelo Jant.

Preis .A. 2.50.

G. Meeh'sche Buchhdlg., Neuenbürg.

Inh.: D. Strom.



Für die Geschäftsbelegung ist jedem Unternehmer eine zielbewusste Zeitungsreklame von besonderer Wichtigkeit. Eine allgemein bekannte Tatsache ist, daß im heutigen Konkurrenzkampf der Zeitungsanzeige die absolute Führung zukommt. Nicht selten ist ein Erfolg restlos ihr zuschreiben. Das Inserat im „Enztäler“, der verbreitetsten Tages-Zeitung im Oberamtsbezirk, bestätigt die Richtigkeit des oben Gesagten.

<p>Neuenbürg. Feine Damengarderobe wie bei billiger Berechnung angefertigt. Zu erfragen Pforzheimstr. 4, Laden.</p>	<p>Birkenfeld. Zwei schöne Milch- und Fährhöfe preiswert zu verkaufen. Ahrweg 34.</p>	<p>Neuenbürg. Zweckmäßig, intelligentes Schreibfräulein auf 1. November gesucht. Bei Bereitschaft Dauerstellung. Offerten unter „Ra. 100“ an die Enztäler-Geschäftsstelle.</p>
<p>Neuenbürg. Von Montag ab ist saurer Rahm und Käse zu haben bei Karl Wentsch, Milchhandlung.</p>	<p>Oberlengenhardt. Ein Paar Läufer- schweine hat zu verkaufen Job. Reutshier.</p>	<p>Neuenbürg. Verkauf guterhaltener Plavier, auch gegen Ratenzahlung. Zu erfragen in der „Enz- täler“-Geschäftsstelle.</p>

Oberamtsbezirk Neuenbürg.
Sitzung d. Gemeinderat
am Dienstag, den 12. Okt.
abends 9 1/2 Uhr.
Tagesordnung:
1. Baujahren.
2. Bürgerbücherei.
3. Aufwertungsgesellschaft.
4. Rechnungsläden.
5. Sonstiges.
Stadtschulrat
Neuenbürg.
Morgen Dienstag

Metzelsuppe
im
„Hirsch“.
Birkenfeld.
Ein 14 Ar großes
Baumstück
in den Wäldern, sehr schön
gelegen, besonders zu Garten-
geeignet, sehr preiswert
zu verkaufen.
Emil Keller,
Wiefelsbergstr. 114.
Schneefuß-Verein Calw
(Mitglied des S.S.V.)
Im Interesse des
Vereinschlusses
Schüler von hier laden wir
alle Freunde des Schneefuß-
Sports, Damen und Herren
zu einer
Besprechung
am Mittwoch den 13. Okt.
8 Uhr abends, im Gasthaus
zum „Kater“ freundlich ein.

Sekt
Hentell, Rebeler
Aurpaltz-Sekt,
empfiehlt sich
Friedr. Köhler,
Weinhandlung,
Höfen a. Enz.

